

Chronik des Tages.

— Reichspräsident v. Hindenburg erwiderte das Telegramm Kallins anlässlich des Todes des deutschen Votaphers Brodorski-Kantau.

— Am Dienstag fand in Genf die fünf-Mächte-Konferenz über die Frage der Rheinlandräumung statt.

— Der siebente Allgemeine Deutsche Bankiertag in Köln wurde mit einer Verhandlung über die Bedeutung der Landwirtschaft beendet.

— Der Haftprüfungsstermin für Stinnes ist auf Antrag der Verteidiger vertagt worden.

— Die große Prämie der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie in Höhe von einer halben Million fiel auf die Nummer 148 500. Der Dreihunderttausender fällt denen in den Schöß, die die Nummer 280 387 spielen.

— Das Hamburger Schiffungsglück hat drei Todesopfer gefordert.

— Die ärztlichen Spitzenorganisationen warnen eindringlich vor einer Erweiterung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung, die über das wirtschaftlich Notwendige hinausgeht.

— Bei einer Meuterei im Zuchthaus in Baton-Rouge (Louisiana) wurden sechs Ausbrecher getötet und vier Verwundete sowie vier Ausbrecher schwer verletzt.

Nach der Brandrede.

Die Einzelbesprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der an der Rheinlandräumung interessierten Mächte sind beendet. Auf umständliche und zerräubernde Art! Nach dem Besuch des Kanzlers bei dem Italiener Scialoja und dem Belgier Hymans ist nunmehr die Bahn für die große Räumungskonferenz frei. Aber, mit der Überwindung der alten Schwierigkeiten sind neue entstanden! Düstere Wolken liegen über Genf. Der Außenminister Frankreichs, Briand, hielt in der Vollversammlung des Völkerbundes eine mit scharfen Ausfällen gegen Deutschland gefüllte Rede, deren Auswirkungen vorläufig noch nicht abzusehen sind. Als das Unglück geschehen war, als die deutsche Delegation gegen die zynischen Ausführungen aufbegehrt, beeilte sich Briand, die Presse zu sich zu berufen, um Erklärungen abzugeben. Der französische Außenminister trat den Rückzug an; er hat jedoch durch neue Auslegungskünste die Wirkungen der ersten Rede nicht beseitigen können.

Was bezweckte Briand mit seinen scharf zugefügten Angriffen und seinen jadenstehenden Argumenten? Man spricht in Genf davon, daß Briand sich seinem Lande für den Herbst als Ministerpräsident im Empfohlen bringen wollte. Nach einer anderen Lesart soll er sich über die dieser Tage vor dem deutschen Reichskanzler gemachten Ausführungen gegen eine Politik des doppelten Gesichts ergrimmt haben. Das mag zutreffen oder nicht, auf keinen Fall kann Briand sich herausnehmen, in einem Ton über Deutschland zu sprechen, wie es jetzt geschieht! Briands Belehrung, man bilde in Genf keine Internationale der Parteien, ist geschmacklos! Reichskanzler Müller weist in Genf als Vertreter des Deutschen Reiches; welcher Partei der Kanzler angehört, geht Briand nichts an, und es ist ihm deshalb nicht gestattet, hierüber Wosfen zu machen!

Neberaus dürftig sind auch die Unterlagen, die Briands Angriffen zugrunde liegen. In der Abrüstungsfrage hat sich Briand die Argumente Paul Boncour und die des französischen Generalstabs in einem Maße zu eigen gemacht, wie es niemand für möglich gehalten hätte. Die aktive französische Armee, die Millionenmassen ausgebildeter Reserven, die Riesenvorräte aufgelagerter Kriegsmaterialien, die Unmengen Kampfflugzeuge und Tanks, alles das ist für Briand plötzlich eine Kleinigkeit, gegenüber den Gefahren, die daraus drohen, daß Deutschland ein „Machmenheer“ aus 100 000 Berufssoldaten und eine leistungsfähige Wirtschaft besitzt.

Gewiß, völlig mehrlos ist ein modernes Volk niemals. Will man völlige Wehrlosigkeit, dann muß man schon zu der Praktik des Altertums Zuflucht nehmen und die Menschen als Sklaven fortführen oder sie ausrotten. Aber das steht nicht zur Debatte. Der Versailler Vertrag hat bestimmte Forderungen aufgestellt, denen Deutschland genügen sollte, damit die allgemeine Abrüstung Tatsache werden kann. Und diese Bedingungen sind erfüllt worden! Jetzt muß die Welt folgen, und wenn sie keine Lust dazu hat, wenn sie weiter über Frieden und Kriegsdichtung debattieren und eine Staatengruppe in Ohnmacht erhalten will, während andere Mächte Milliarden für Rüstungen aus-

geben, dann ist das eben ein Vertragsbruch, und das, was Reichskanzler Müller eine Politik des doppelten Gesichts genannt hat!

Über das deutsche „potentiel de guerre“ — die Industriestellung der Friedensindustrie für den Krieg — ist auch sonst eine leere Phrase. Ohne Zweifel mangelt es der deutschen Wirtschaft nicht an Können und Kraft; ohne Zweifel ist es ein Ereignis, wenn Deutschland in wenigen Jahren eine neue Handelsflotte aus dem Boden gestampft hat, um die uns manche Mächte beneiden. Nur ändert das nichts daran, daß es etwas ganz anderes ist, ob Deutschland für den Frieden arbeitet oder für den Krieg. Unsere Rüstungsindustrie hatte in den Gebieten ihren Sitz, die jetzt hart an der Grenze liegen und feindlichen Angriffen schutzlos preisgegeben sind! Viellecht ist es auch Briand bekannt, daß Amerika z. B. ein volles Jahr gebraucht hat, um seine Wirtschaft auf den Krieg umzustellen. Als die ersten amerikanischen Kanonen an der Westfront in Stellung gebracht wurden, waren volle zwölf Monate seit dem Beginn der Umstellung verstrichen. Eine Industrie für einen Angriffskrieg hat Deutschland somit nicht; ferner fehlen uns junge ausgebildete Reserven. Nein, das deutsche „potentiel de guerre“ ist keine Wirklichkeit, sondern nur ein Vorwand zur Sabotage der Abrüstung!

Der Briand vom 10. September 1928 ist ein anderer, als der bisher in Erscheinung getreten war. Mit rauher Hand hat Briand Fäden zerrissen, die er besser ganz gelassen hätte. Einen Augenblick schien es, als wäre es mit den Räumungsverhandlungen nun überhaupt aus. Die deutsche Delegation hat jedoch ihre Nerven behalten. Und das ist gut so. Unüberleglichkeiten helfen uns nicht vorwärts. Wenn Briand glaubt, durch das Flottenabkommen mit England aller Bindungen ledig zu sein und Rücksicht nicht mehr nehmen zu brauchen, dann wird die deutsche Diplomatie dafür sorgen müssen, daß man dem Reiche wieder etwas mehr Beachtung schenkt. Dazu bedürfen wir Gegenwehr; Ansätze nach dieser Richtung hin sind vorhanden, es handelt sich also nur darum, ihnen erhöhte Bedeutung zu verschaffen.

Landwirtschaft und Banken.

Abschluß des Kölner Bankiertags. — Die Notwendigkeit der Selbsthilfe. — Das Absatzproblem.

Der siebente Allgemeine Deutsche Bankiertag fand am Dienstag in Köln seinen Abschluß. Den letzten Beratungsgegenstand bildete in der Hauptsache das Thema: Die Lage der Landwirtschaft und ihre Bedeutung für das Bankgewerbe. Aus diesem Anlaß hatten sich noch zahlreiche Vertreter der Landwirtschaft eingefunden, u. a. bemerkte man auch den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes.

Der Geschäftsinhaber der Discontogesellschaft Dr. Solmsen führte aus, die Entwicklung der Landwirtschaft beruhe die Grundlagen unserer gesamten Wirtschaft. Die

Verfälschung der Landwirtschaft erreiche bereits den Wert ihrer Brutto-Produktion.

Noch schlimmer sei, daß wir das Geld zur Bezahlung des Einfuhrüberschusses im Auslande als Anleihe hätten aufnehmen müssen. Redner fuhr fort:

Die Landwirtschaft nimmt innerhalb der Volkswirtschaft eine Sonderstellung ein. Um der sich daraus ergebenden Schwierigkeiten Herr zu werden, muß versucht werden, dem landwirtschaftlichen Problem von der Absatzseite aus näherzutreten. Es müssen die Erzeugnisse zusammengefaßt und die Betriebe zum Zwecke dieser Zusammenfassung zu geordnetem Handeln verbunden werden. Zweck Mobilisierung des landwirtschaftlichen Kredits muß neben den durch Hypotheken gedeckten Kredit des Grundbesitzes der durch das landwirtschaftliche Erzeugnis gedeckte Warenkredit treten. Die Landwirtschaft muß ihr Heil in der Selbsthilfe suchen. Das Ziel, dem zugestrebt werden muß, ist Hebung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe durch Steigerung des Absatzes ihrer Erzeugnisse. Die Beteiligung der Banken zur Erreichung dieses Zieles ist klar. Die Landwirtschaft muß durch Vereinheitlichung ihrer Erzeugnisse die Vorbedingung für ihre Zusammenfassung schaffen. Der Staat muß im Verein mit der Landwirtschaft die Standardisierung ermöglichen und eine den Warenkredit fördernde Ordnung des Lagerhausrechts herbeiführen.

Dr. v. Eichborn-Breslau führte aus, die erste Ursache der Notlage der Landwirtschaft sei eine durch die Ertragskrise verschärfte Kapitalkrise.



Clemens Brentano

Zum 150. Geburtstag des romantischen Dichters, von dessen Werken vor allem „Des Knaben Wunderhorn“, die Sammlung deutscher Volkslieder, unvergänglichen Wert besitzt.

um den Ertrag der landwirtschaftlichen Betriebe zu heben, müßten die abzugsfähigen Steuern nicht mehr von angenommenen Werten erhoben werden.

Eine Entschlebung des Bankiertags.

Stenerabbau gefordert. — Gegen untragbare Reparationslasten. — Für Stärkung der Reichsgewalt.

Der Allgemeine Deutsche Bankiertag in Köln nahm eine Entschlebung an, in der u. a. festgestellt wird, daß es ohne eigenes Kapital für die deutsche Wirtschaft keine Entwicklungsfähigkeit und keine Unabhängigkeit gebe. Die jetzige Höhe der Steuerlast übersteige vielfach die Grenze des wirtschaftlich Tragbaren. Zur Behebung des Finanzwesens sei vor allem eine beschleunigte Reform des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden im Sinne einer Stärkung der Reichsgewalt auf finanzwirtschaftlichem Gebiet erforderlich.

Die Ausgabenwirtschaft müsse einheitlich ausgestaltet werden. Der berechnete Wunsch, eine Festsetzung der Reparationslast herbeizuführen, dürfe keinesfalls zur Uebernahme einer Belastung von untragbarem Ausmaß verleiten.

Rheinland-Konferenz in Genf.

Im Hotel „Beau Rivage“. — Gemeinsame Beratungen der Vertreter der fünf Mächte.

Am Dienstag fand im Hotel „Beau Rivage“, in dem die französische Delegation in Genf ihren Sitz hat, die erste gemeinsame Aussprache der Vertreter Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens über die beschleunigte Räumung des Rheinlandes statt. Die Reichsregierung hat bekanntlich die Gesamträumung des Rheinlandes gefordert, eine Verquickung der Räumungsforderung mit der Reparations- und Kriegsschuldfrage jedoch abgelehnt. Reichskanzler Müller dürfte in der ersten gemeinsamen Räumungskonferenz diesen Standpunkt noch einmal nachdrücklich unterstreichen haben.

Während der Konferenz hatten sich zahlreiche Journalisten im Vorraum des Konferenzraumes eingefunden. Wie ihnen mitgeteilt wurde, will der belgische Außenminister Hymans Genf auf einige Tage verlassen, die gleiche Absicht scheint Briand zu haben, der am Freitag zu einem kurzen Aufenthalt nach Paris fahren will, um erst in der neuen Woche wieder nach Genf zurückzukehren.

Cushendun über Abrüstung.

Eine nüchterne Rede. — Die angeblichen Schwierigkeiten der Rüstungsbegrenzung.

In der Vollversammlung des Völkerbundes hat nunmehr auch der englische Delegierte Lord Cushendun das Wort genommen. Es war das erste Mal, daß Cushendun in der Vollversammlung des Völkerbundes eine Rede hielt. Lord Cushendun sprach rund 45 Minuten. Seine Ausführungen waren durchweg sehr nüchtern gehalten. Er erklärte, er habe durchaus das Verständnis, daß die Langsamkeit des Fortschritts zur Abrüstung Enttäuschung erwecke und verleihe deshalb auch die Bedenken und Sorgen des deutschen Kanzlers. Aber man habe doch auch „gewisse Erfolge“ erzielt. England habe z. B. sein Flottenpersonal gegenüber Januar 1914 um 43 000 Mann herabgesetzt, es habe in dem gleichen Zeitraum ferner 249 Schiffe aus den Listen gestrichen. Man solle doch die Schwierigkeiten in der Abrüstungsfrage nicht verkenne. So sei es z. B. nicht leicht, die verschiedenen Rüstungsarten auf einen Renner zu bringen. Schließlich empfahl Lord Cushendun direkte Verhandlungen zwischen einzelnen Staaten nach dem Muster der dem englisch-französischen Flottenabkommen vorausgegangenem.

Amerika zur Briand-Rede.

Verständnis für die deutsche Auffassung. — Die Hoffnungen auf Räumung und Abrüstung schwer erschüttert!

Die amerikanischen Zeitungen veröffentlichten ausführliche Berichte über die Rede Briands in Genf und ihre Wirkungen. Fast sämtliche Blätter bringen die Ausfälle Briands mit dem englisch-französischen Abkommen in Zusammenhang, durch das Frankreich sich Englands Unterstützung verschafft habe. Die New Yorker Zeitung „Gerald“ spricht davon, daß jetzt die Ame-



Franz von Stud

der berühmte Münchener Maler, ist im Alter von 65 Jahren an einem Herzschlag gestorben.



Bundeskanzler Seipel

sprach in der Völkerbundversammlung über das Recht der Minderheiten und die Notwendigkeit der Abrüstung.

